



Katharina Klooz

Die Akteneinsicht möglicherweise geschädigter Dritter in Akten des Bundeskartellamts

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XVII
Einleitung.....	1
A. Ausgangspunkt der Arbeit	1
B. Problemstellung	3
C. Gang der Untersuchung	4
1. Kapitel: Die Bedeutung der Akteneinsicht als Mittel der Beweisgewinnung für die Durchsetzung kartellrechtlicher Schadensersatzansprüche.....	7
A. Beweislast und beweisbedürftige Tatsachen.....	7
I. Beweislastverteilung im Zivilprozess	8
1. Begrifflichkeiten – Grundsatz	8
2. Beweislastverteilung im Kartellschadensersatzprozess	9
a. Im Rahmen der Anwendung der Artt. 101 und 102 AEUV	9
b. Im Rahmen der Anwendung des GWB.....	11
3. Zusammenfassung	11
II. Beweisbedürftige Tatsachen.....	12
1. Verstoß gegen Art. 101 AEUV und § 1 GWB	13
a. Voraussetzungen eines Kartellverstoßes	13
b. Follow on-Klagen	14
2. Anspruchsberechtigte i. S. d. § 33 Abs. 3 GWB	17
3. Verschulden	17
4. Schaden	18
a. Anwendbares Recht	18
b. Bestimmung der Schadenshöhe	19
5. Kausalität.....	21
6. Zusammenfassung	21
III. Zusammenfassung.....	22
B. Zugang zu Beweismitteln und Sachaufklärung	23
I. Sachverhaltsaufklärung im Vorfeld und außerhalb eines kartellrechtlichen Schadensersatzprozesses	23
1. Veröffentlichungen des Bundeskartellamts.....	23

2. Auskunftsanspruch nach § 242 BGB	24
3. Selbständiges Beweisverfahren nach §§ 485 ff. ZPO	25
II. Sachaufklärung im kartellrechtlichen Schadensersatzprozess	26
III. Zusammenfassung	29
C. Beweiserleichterungen	30
I. Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung, § 286 ZPO, und die Möglichkeit der gerichtlichen Schätzung nach § 287 ZPO	31
II. Berücksichtigung des anteiligen Gewinns nach § 33 Abs. 3 Satz 3 GWB	32
III. § 252 Satz 2 BGB	33
IV. Anscheinsbeweis	34
V. Sekundäre Behauptungslast im kartellrechtrechtlichen Schadensersatzprozess	35
VI. Zusammenfassung	36
D. Zusammenfassung	36
2. Kapitel: Das Recht auf Akteneinsicht des möglicherweise geschädigten Dritten in Akten des Bundeskartellamts	39
A. Rechtsgrundlagen	39
I. Akteneinsicht im Kartellverwaltungsverfahren	40
1. § 29 VwVfG	40
2. Akteneinsicht für Dritte oder außerhalb eines laufenden Verwaltungsverfahrens	43
3. Akteneinsicht im Beschwerdeverfahren, § 72 GWB	44
II. Akteneinsicht im Kartellbußgeldverfahren	44
III. Allgemeiner Informationsanspruch nach § 1 Abs. 1 Satz 1 IFG	45
IV. Verhältnis der Rechtsgrundlagen zueinander	46
1. Verhältnis des IFG zu § 29 VwVfG	47
2. Verhältnis des IFG zu § 29 VwVfG analog beziehungsweise der gewohnheitsrechtlich gewährten Akteneinsicht außerhalb eines laufenden Verwaltungsverfahrens oder für nicht am Verfahren Beteiligte	48
3. Verhältnis des IFG zu § 406e StPO	49
V. Zusammenfassung	50
VI. Begrenzung der weiteren Untersuchung auf § 406e StPO	51
B. Zuständigkeit	51
I. Vorverfahren und nach Abschluss des Verfahrens	51
II. Zwischenverfahren	52

III. Hauptverfahren.....	53
IV. Rechtsbeschwerde.....	53
V. Zuständigkeit bei abweichenden Verfahrensabläufen.....	53
VI. Zusammenfassung.....	55
C. Gegenstand der Akteneinsicht.....	55
I. Aktenbegriff des § 147 StPO.....	57
II. Übertragung auf § 406e StPO.....	60
III. Übertragung auf das kartellrechtliche Bußgeldverfahren.....	61
1. Der Aktenbegriff im Ordnungswidrigkeitenverfahren.....	61
2. Aktenbestandteile im Kartellbußgeldverfahren.....	62
a. Aktenführung beim Bundeskartellamt.....	62
b. Einzelne Aktenbestandteile.....	64
aa. Bußgeldbescheide.....	64
bb. Gutachten.....	64
cc. Amtlich verwahrte Beweistücke.....	65
dd. Interne Hilfs- und Arbeitsmittel des Bundeskartellamts.....	65
IV. Zusammenfassung.....	66
D. Voraussetzungen der Akteneinsicht.....	66
I. Antrag.....	67
II. Einsichtsberechtigung.....	67
1. Der Begriff des Verletzten.....	67
a. Verletztenbegriff nach § 406e Abs. 1 StPO.....	67
b. Verletztenbegriff im Kartellbußgeldverfahren.....	71
aa. Der Verletztenbegriff im Ordnungswidrigkeitenverfahren.....	71
bb. Anspruchsberechtigte eines kartellrechtlichen Schadensersatzanspruchs.....	72
cc. Reichweite des Verletztenbegriffs im Kartellbußgeldverfahren.....	73
c. Höchstpersönlichkeit der Verletztenstellung.....	75
aa. Prinzip der Höchstpersönlichkeit des Verletztenbegriffs im Strafverfahren.....	76
bb. Zweckbindung gemäß § 406e Abs. 6 StPO i. V. m. § 477 Abs. 5 StPO.....	77
cc. Auskunft und Akteneinsicht des Zessionars gemäß § 475 Abs. 2 StPO i. V. m. § 46 Abs. 1 OWiG.....	78
d. Juristische Personen und Personengesellschaften als Verletzte.....	80

e. Vorläufigkeit der Verletztenstellung	81
f. Zusammenfassung	83
2. Begrenzung der Einsicht auf den Rechtsanwalt	84
III. Darlegung eines berechtigten Interesses	86
1. Das berechtigte Interesse des Verletzten	86
a. Das Informationsinteresse bei Schadensersatzklagen als berechtigtes Interesse	86
b. Informationsinteresse des möglicherweise geschädigten Dritten unabhängig von Schadensersatzklagen	89
2. Grenzen des berechtigten Interesses	91
a. Begrenzung der Akteneinsicht durch das Zivilrecht	91
b. Gegen eine Begrenzung der Akteneinsicht durch das Zivilrecht	93
c. Eigene Bewertung	95
d. Begrenzung des berechtigten Interesses durch das Zivilrecht im Kartellbußgeldverfahren	98
3. Das berechtigte Interesse als „Tatbestandsvoraussetzung“	100
4. Umfang der Darlegung im Antrag	102
5. Erforderlichkeit der Akteneinsicht	104
E. Versagungsgründe und Abwägung der Interessen	107
I. Die gesetzlichen Versagungsgründe	108
1. Beeinträchtigung der ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung des Bundeskartellamts oder der sonst zuständigen Stelle	108
a. Gefährdung des Untersuchungszwecks § 46 Abs. 3 Satz 4 2. HS OWiG i. V. m. § 406e Abs. 2 Satz 2 1. Alt. StPO	108
b. Erhebliche Verzögerung des Verfahrens, § 46 Abs. 3 Satz 4 2. HS OWiG i. V. m. § 406e Abs. 2 Satz 2 2. Alt. StPO	110
2. Überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen oder anderer Personen	112
a. Persönliche Angaben des Betroffenen, der Nebenbetroffenen sowie Dritter	113
aa. Persönliche Angaben des Betroffenen	114
bb. Angaben von Nebenbetroffenen	115
cc. Persönliche Angaben anderer Personen	117
b. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	118
aa. Tatsachen mit Bezug zum Kartellverstoß	121
bb. Zweckbindung	124
3. Zusammenfassung	125

II. Die Abwägung der Interessen nach § 46 Abs. 3 Satz 4 2. HS OWiG i. V. m. § 406e Abs. 2 Satz 2 StPO im Einzelfall.....	125
1. Abwägungsvorgang.....	126
2. Abwägungskriterien	128
a. Grundrechtsrelevanz	128
b. Verfahrensstadium und Verdachtsgrad	129
aa. Unschuldsvermutung und Verdachtsgrad	130
bb. Erfordernis der Rechtskraft der Schuldfeststellung als Ausfluss des Verhältnismäßigkeits-grundsatzes	132
cc. Berücksichtigung des Verdachtsgrads.....	134
dd. Zusammenfassung	137
c. Schwere des Verstoßes	138
d. Wahrscheinlichkeit des Bestehens der dargelegten Schadensersatzansprüche	139
e. Relevanz für die Durchsetzung der Schadensersatzansprüche	141
f. Einsichtnehmende Personen	143
g. Zeitpunkt der Antragstellung – Verhältnis zu Akteneinsichtsgesuchen des Betroffenen und sonstiger Dritter.....	144
3. Zusammenfassung	145
III. Partielle Akteneinsicht.....	146
1. Beschränkung auf das Interesse des Verletzten.....	147
2. Beschränkung bei überwiegendem Interesse des Betroffenen.....	150
3. Möglichkeiten der Begrenzung der Akteneinsicht	150
a. Auszugsweise Akteneinsicht.....	151
b. Anonymisierung.....	151
c. Zusammenfassung des Inhalts oder Erteilung von Auskünften	152
d. Erteilung von Auflagen an den Rechtsanwalt.....	154
4. Beschränkung der Einsicht durch Beweiserhebungs- und verwertungsverbote	155
F. Modalitäten der Akteneinsicht	156
I. Anhörung.....	156
II. Zweckbindung nach § 46 Abs. 3 Satz 4 2. HS OWiG i. V. m. §§ 406e Abs. 6, 477 Abs. 5 Satz 1 StPO	159
III. Ort der Akteneinsicht	161
IV. Art der Gewährung der Akteneinsicht.....	163
V. Kosten.....	164

G. Rechtsbehelfe.....	164
I. Zulässigkeit des Rechtsbehelfs.....	164
1. Gerichtliche Entscheidung	164
a. Statthaftigkeit.....	164
b. Zuständigkeit.....	166
2. Beschwerde	167
a. Gegen die Entscheidung des Vorsitzenden des mit der Sache im Hauptverfahren befassten Gerichts	167
b. Gegen die Entscheidung des AG Bonn nach § 62 Abs. 1 OWiG	170
3. Verfassungsbeschwerde.....	171
4. Anhörung nach § 33 StPO i. V. m. § 46 Abs. 1 OWiG	171
II. Begründetheit des Rechtsbehelfs	172
1. Prüfungsumfang des Gerichts	172
2. Formelle Anforderungen an die Entscheidung des Bundeskartellamts.....	174
a. Hinreichende Bestimmtheit nach § 37 VwVfG (analog).....	174
b. Überprüfbare Begründung nach § 39 VwVfG (analog).....	175
H. Zusammenfassung	176
3. Kapitel: Akteneinsicht Dritter in Kronzeugenanträge	179
A. Die Beschränkung der Akteneinsicht durch die Bonusregelung des Bundeskartellamts	180
I. Funktionsweise der Bonusregelung des Bundeskartellamts.....	180
II. Regelung der Akteneinsicht	181
III. Gesetzliche Grundlage der Bonusregelung und Überprüfung der Entscheidungen des Bundeskartellamts durch die Gerichte	182
IV. Zusammenfassung.....	183
B. Auslegung des § 406e StPO im Licht des und Beschränkungen durch das Unionsrecht	184
I. Gebot der effektiven Durchsetzung – der effect utile im Wettbewerbsrecht.....	185
1. Art. 4 Abs. 3 S. 3 des Vertrags über die Europäische Union	186
2. Die effektive Durchsetzung des europäischen Wettbewerbsrechts.....	188

a.	VO 1/2003 als Konkretisierung des Art. 101 AEUV	189
aa.	Pflicht zur Zusammenarbeit, Art. 11 VO 1/2003	190
bb.	Befugnis zum Informationsaustausch, Art. 12 VO 1/2003	191
cc.	Europäisches Netz der Wettbewerbsbehörden als Konkretisierung des Art. 101 AEUV?	193
dd.	Stellungnahme	196
b.	Kronzeugenregelungen als Mittel der Durchsetzung des Kartellrechts	198
aa.	Bedeutung der Kronzeugenregelungen für die Durchsetzung des europäischen Wettbewerbsrechts	198
bb.	Auswirkungen der Gewährung von Akteneinsicht in Kronzeugenanträge auf deren Effektivität	201
cc.	Zusammenfassung	204
c.	Schadensersatzklagen als Mittel der Durchsetzung des Kartellrechts	205
aa.	Rechtliche Grundlagen des kartellrechtlichen Schadensersatzanspruchs im Unionsrecht	205
bb.	Funktionen und Entwicklung kartellrechtlicher Schadensersatzklagen	206
cc.	Ergebnis	210
3.	Zusammenfassung	211
II.	Grundrecht der Betroffenen auf einen wirksamen Rechtsbehelf	212
III.	Zusammenfassung	214
C.	Interessenabwägung im Fall der Akteneinsicht in Bonusanträge	214
I.	Bei der Akteneinsicht in Kronzeugenunterlagen zu berücksichtigende Interessen	214
1.	Schutzwürdige Interessen des Betroffenen	214
a.	Nemo tenetur-Grundsatz	215
b.	Grundsatz des Vertrauensschutzes	216
aa.	Rückgriff auf den Grundsatz des Vertrauensschutzes im Rahmen der Akteneinsicht Dritter in Kronzeugenanträge	217
bb.	Stellungnahme	217
2.	Beeinträchtigung der Effektivität von Kronzeugenprogrammen als Gefährdung des Untersuchungszwecks	219

II. Abwägung	221
1. Vorgaben durch das Unionsrecht.....	221
2. Gefährdung des Untersuchungszwecks von Kartellordnungswidrigkeitenverfahren durch die Gewährung von Akteneinsicht in Kronzeugenunterlagen.....	222
3. Abwägung	223
a. Bedeutung der Transparenz.....	223
b. Zulässigkeit einer allgemeinen Abwägung der Akteneinsicht Geschädigter in Bonusanträge und im Zusammenhang mit diesen eingereichte Beweismittel	224
c. Auswirkungen der Versagung von Akteneinsicht in Kronzeugenunterlagen auf die Durchsetzung kartellrechtlicher Schadensersatzansprüche.....	226
d. Entscheidung des Konflikts zwischen öffentlicher Durchsetzung des Kartellrechts und privater Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen.....	227
aa. Konflikt zwischen öffentlicher Durchsetzung des Kartellrechts und privater Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen.....	227
bb. Lösungsansätze <i>de lege ferenda</i>	228
cc. Lösungsansätze <i>de lege lata</i>	230
D. Gesetzliche Regelung der Akteneinsicht möglicherweise geschädigter Dritter in Bonusanträge	233
I. 8. GWB-Novelle	233
1. Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens im Hinblick auf die Akteneinsicht möglicherweise geschädigter Dritter in Kronzeugenanträge	233
2. Stellungnahme des Bundeskartellamts zur 8. GWB-Novelle	235
II. Lösung auf europäischer Ebene.....	236
E. Zusammenfassung	236
Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	237